



BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

MILITÄRWISSENSCHAFTLICHES BÜRO

Interne Information
zur Sicherheitspolitik
Nr. 11

URS SCHOETTLI

AKTUELLE SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN OSTASIEN

**JUNI
2001**

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Sektionschef HonProf. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Militärwissenschaftliches Büro

des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Mjr Franz Wanka, VB Friedrich Blecha

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprostelle der Landesverteidigungsakademie Wien

Umschlag: Dipl.-Graph. Franz Stierschneider

Urs Schoettli

Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen in Ostasien

**Vortrag im Rahmen eines Round Table-Gespräches
des Militärwissenschaftlichen Büros
des Bundesministeriums für Landesverteidigung
am 10. Mai 2001**

Der Autor

Urs Schoettli ist Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Tokio und Autor zahlreicher Bücher und Essays zu Indien, Pakistan, Hongkong, zum Liberalismus sowie zu entwicklungspolitischen Fragen in Lateinamerika und Asien.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts finden sich in Ostasien mehrere der gravierendsten sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen die Welt sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu befassen haben wird. Das 18. Jahrhundert hatte den scheinbar unaufhaltsamen Vorstoß der europäischen Kolonialreiche nach Asien gebracht. Im 19. Jahrhundert erreichte die europäische Präsenz in Asien ihren Höhepunkt: 1857 konsolidierten die Briten mit der Niederschlagung der sogenannten „Mutiny“ (in indischer Version handelte es sich um den „ersten indischen Unabhängigkeitskrieg“) ihre Vorherrschaft über den indischen Subkontinent. 1868 sah sich Japan mit der „Meiji Restauration“ zu einer der weitreichendsten Modernisierungen in der neueren Zivilisationsgeschichte veranlasst, um dem Schicksal der anderen von der westlichen Expansion unterworfenen und bedrängten asiatischen Reiche zu entgehen. 1900 erwogen die Mächte, die sich an der Niederschlagung des „Boxer-Aufstands“ und der Strafaktion gegen das kurz vor dem Untergang stehende chinesische Kaiserreich beteiligt hatten, China nach afrikanischem Vorbild unter fremden Kolonialmächten aufzuteilen.

Das 20. Jahrhundert brachte mit den beiden Weltkriegen und dem darauf folgenden kalten Krieg – vom Zwischenspiel des kurzlebigen japanischen Imperiums abgesehen – im Wesentlichen eine Fokussierung des großen machtpolitischen Ringens auf den europäischen Kontinent und den nordatlantischen Raum. Berücksichtigt man die Tatsache, dass zivilisatorisch und ethnisch der größte und wichtigste Teil der Sowjetunion und, noch ausgeprägter, der russischen Föderation ebenso dem europäischen Kulturkreis angehört, wie die Vereinigten Staaten bis heute im ausschlaggebenden Masse ihre Wurzeln in Europa haben, so kann gelten, dass während des ganzen 20. Jahrhunderts direkt oder indirekt die machtpolitischen Auseinandersetzungen und Rivalitäten von globaler Relevanz im Wesentlichen im europäischen Kulturkreis ihre Wurzeln oder ihre Basis hatten.

Es bedarf keiner großen Hellseherei um vorherzusagen, dass sich dies im 21. Jahrhundert von Grund auf ändern wird. Zwar wird es in verschiedenen Teilen der Welt Krisenherde geben, die möglicherweise das globale Klima in Mitleidenschaft ziehen können – man denke etwa an den Mittleren Osten –, doch im Wesentlichen wird sich das global relevante Ringen der großen Mächte auf dem oder um den asiatischen Kontinent ereignen. Auf dem asiatischen Kontinent wiederum wird sich der Gravitationspunkt in seinem östlichen Teil befinden. Für diese Schwerpunktsetzung gibt es eine Reihe von Begründungen:

Als erstes gilt, dass sich die ehemaligen westeuropäischen Kolonialreiche schon vor längerer Zeit als Machtfaktoren aus Asien verabschiedet haben. Auch wenn sich die Europäische Union zu einer schlagkräftigen militärischen Einheit zusammenfinden sollte, wird sie kaum je über die Mittel verfügen, in Asien eine ähnlich einflussreiche Rolle zu spielen, wie sie einst das britische Empire hatte wahrnehmen können.

Als zweites gilt, dass der Untergang der Sowjetunion und die nachhaltige ökonomische, demographische und militärische Schwäche Russlands, das insbesondere an seinen nichteuropäischen Grenzen mit Konfliktherden und potentiellen Destabilisierungen konfrontiert ist, wie es sie seit der Konsolidierung des Zarenreichs im 19. Jahrhundert nicht mehr gekannt hat, Moskau auf absehbare Zeit hinaus in dem Maße binden, dass es über die simple Markierung von Präsenz in Asien nichts machtpolitisch Weitreichenderes unternehmen können wird.

Als drittes gilt, dass die Vereinigten Staaten schon seit einiger Zeit, aber seit dem jüngsten Wechsel der Administration noch in beschleunigtem Maß den Fokus ihrer sicherheitspolitischen Interessenwahrung auf den asiatisch-pazifischen Raum ausrichteten. Das Ende der Supermacht-Rivalität mit der Sowjetunion hat auch die Bedeutung Europas für die amerikanische Sicherheit markant reduziert.

Als viertes gilt, dass die geopolitische Position Indiens diesem bevölkerungsmäßig zweitgrößten Land der Erde den Aufstieg zu einer Großmacht von potentiell globaler Bedeutung verwehren wird. Delhi wird eine wichtige Vormachtrolle im indischen Ozean ausüben und im Rahmen der amerikanischen Sorgen um chinesische Expansionsgelüste auch eine wichtige Funktion zur Begrenzung von Pekings Ambitionen erhalten, doch über die eigene Region hinaus wird Delhi kaum machtpolitisch relevante Präsenz markieren können.

Bei einer Fokussierung auf Ostasien gilt es folgenden zivilisationsgeschichtlich relevanten Faktoren Rechnung zu tragen:

Erstens: Ostasien beherbergt mit der Volksrepublik China, Indonesien und Japan drei Länder, die in der Bevölkerungsrangliste der Nationalstaaten die Positionen eins, vier und neun einnehmen. Indonesien ist vor Pakistan der bevölkerungsreichste muslimische Staat der Erde. Während Japan mit ähnlich akuten demographischen Problemen zu kämpfen hat wie die europäischen Industrienationen, sieht die Volksrepublik China aufgrund ihrer rigiden Bevölkerungspolitik am Horizont bereits erste Zeichen einer ungesunden Entwicklung der Bevölkerungspyramide. Demgegenüber wird Südostasien, insbesondere die indonesische und die philippinische Inselwelt, weiterhin von den sozioökonomischen und ökologischen Konsequenzen eines raschen Bevölkerungswachstums und einer ungesunden Konzentration von menschlichen Populationen geplagt.

Zweitens: Selbst nach einer Dekade schwacher Wirtschaftsentwicklung ist Japan die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Auch wenn Statistiken in China stets mit Vorsicht auszuwerten sind, so herrscht unter Ökonomen weit herum die Meinung, dass es, sofern nicht eine epochale Katastrophe von der Art des „großen Sprungs nach vorn“ oder der „Kulturrevolution“ das Reich der Mitte heimsucht, in absehbarer Zukunft rein quantitativ zu einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt werden wird. Im Verein mit einer Reihe von potenten kleineren, aus dem Status von Entwicklungsländern aufgestiegenen Volkswirtschaften macht dies den asiatisch-pazifischen Raum zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt.

Drittens: Entgegen dem weitverbreiteten Vorurteil, dass Japaner sich nicht durch Innovationsfreude auszeichneten, steht Japan zu Beginn des 21. Jahrhunderts in vielen Schlüsselbereichen der Hochtechnologie an der Weltspitze. Drei Beispiele seien hier zur Untermauerung dieser These angeführt: Nachdem der amerikanische Flugzeughersteller Boeing angekündigt hatte, dass er auf die Herausforderung, die Airbus mit der Entwicklung eines Superjumbo lanciert hat, mit der Produktion eines an der Grenze von Mach-1 fliegenden superschnellen Verkehrsflugzeugs antworten werde, wurde wenige Monate darauf bekannt, dass man für die Entwicklung und Herstellung auf japanische Firmen greifen werde. Von den weltweit rund 740 000 Robotern, die in der Industrieproduktion eingesetzt werden, befindet sich mit 400 000 mehr als die Hälfte in Japan. Auch ist von europäischen Eisenbahnexperten bei Besuchen in Japan immer wieder die Meinung zu

hören, dass es bezüglich Effizienz, Frequenz und Pünktlichkeit kein System in der ganzen Welt gibt, das es mit den japanischen Superschnellzügen aufnehmen könnte.

Schließlich gilt es auch das Vorurteil vom mangelnden Individualismus der Japaner beiseite zu räumen. Für große Teile Asiens ist Japan in den letzten Jahrzehnten in der Unterhaltungs- und Modeindustrie zum maßgeblichen Vorbild und Trendsetter geworden, und per definitionem kann man in diesen sehr schnelllebigen Branchen nicht zur Weltspitze gehören, wenn man nicht über ein gerüttelt Maß an Innovationsfreude und Individualismus verfügt.

Viertens: Seit Urzeiten werden das Zusammenleben und das Beziehungsgeflecht der Völker und Kulturen in Ostasien von einer eigenartigen Mischung gleichzeitiger Nähe und Ferne geprägt. Am eigentümlichsten ist dies beim Verhältnis Japans mit China und Korea erkennbar. Es können kaum Zweifel daran bestehen, dass die japanische Zivilisation und Kultur in nachhaltiger Weise von China und Korea beeinflusst und geprägt wurden. Dies hat indessen nicht zur japanischen Anerkennung und Wertschätzung der Chinesen und Koreaner geführt, wie dies beispielsweise in Europa bezüglich der Wertschätzung der griechischen Antike durch spätere Kulturen der Fall war und ist. In ähnlichem Sinne ist auch die enorme Distanz zwischen den beiden Nachbarn China und Indien zu sehen. Während man in Japan den indischen Ursprung des Buddhismus herausstreicht, wird dies in China meist unter den Tisch gewischt.

Fünftens: Gerade wenn es um die Auslotung der kriegerischen beziehungsweise friedlichen Natur der Nachbarschaften in Ostasien geht, sind stets die geographischen und geopolitischen Dimensionen dieses riesigen Raums in Rechnung zu stellen. China und Russland teilen sich die längste Landgrenze der Welt und das indonesische Riesenreich ist nicht nur einer der ethnisch, kulturell und zivilisatorisch vielfältigsten Staaten der Erde, es umgreift in seiner heutigen Gestalt auch nicht weniger als einen Achtel des ganzen Erdumfangs.

Vor diesem komplexen Hintergrund sind nun die wichtigsten sicherheitspolitischen Herausforderungen zu positionieren, mit denen sich die Welt in Ostasien derzeit konfrontiert sieht. Es handelt sich dabei um die koreanische Halbinsel, Taiwan sowie das südchinesische Meer und Indonesien.

Die koreanische Halbinsel

De jure befinden sich die beiden Hälften der koreanischen Halbinsel nach wie vor im Kriegszustand. In Südkorea ist das nach Japan zweitgrößte Kontingent amerikanischer Soldaten auf asiatischem Boden stationiert. Die einzigen beiden externen Mächte, die auf der koreanischen Halbinsel die Dinge bewegen können, sind die USA und China. Die Europäische Union und Russland mögen sich als potentielle Mitspieler anbieten, vermögen jedoch nicht viel mehr, als ihre Präsenz zu markieren.

Für die Welt mag das innerkoreanische Gipfeltreffen, das Mitte Juni letzten Jahres in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang stattfand, überraschend gekommen sein, ein näherer Blick auf vorangehende Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel wie in ihrem Umfeld lassen indessen den Schluss zu, dass das Ereignis nicht aus heiterem Himmel kam. Mit Kim Dae Jung war Ende 1997 ein südkoreanischer Politiker ins „Blaue Haus“ in Seoul gewählt worden, der nicht nur eine stolze Vergangenheit als mutiger

Kämpfer für Menschenrechte und Demokratie in Südkorea hatte, sondern der sich auch seit langem für eine Politik der Versöhnung mit dem Norden eingesetzt hatte. In der Tat war Kim Dae Jung von seinen politischen Gegnern wiederholt vorgeworfen worden, ein „subversiver Advokat des Nordens“ zu sein. Einmal im Präsidentenamt lancierte Kim Dae Jung seine sogenannte „Sonnenscheinpolitik“, deren Fernziel die friedliche Vereinigung der koreanischen Halbinsel ist, die für die absehbare Zukunft aber anstrebt, durch den Dialog mit Pjöngjang die Spannung auf der südkoreanischen Halbinsel drastisch zu verringern. Kim Dae Jung hatte in den Jahren vor der Übernahme der Präsidentschaft sorgfältig das Geschehen um die deutsche Vereinigung studiert, weshalb er auch eine sehr nüchterne Vorstellung davon besitzt, was mit dem Norden realistisch zu erreichen ist. Wiederholt hat er klargestellt, dass er nicht daran glaubt, die Wiedervereinigung der beiden Korea werde zu seinen Lebzeiten erfolgen.

Vor diesem Hintergrund musste aus der Sicht der nordkoreanischen Führung der Einzug von Kim Dae Jung ins südkoreanische Präsidentenamt ein „window of opportunity“ sein. Bei der eigen- und einzigartigen totalitären Struktur der kommunistischen Erbmonarchie in Pjöngjang hätte die Wahl von Kim Dae Jung allerdings als Motivation, aus der Totalisolation auszubrechen, nicht ausgereicht. In der Tat dauerte es auch weit in die Amtszeit von Kim Dae Jung hinein, bis der historische Trip nach Pjöngjang Wirklichkeit werden konnte. Ausschlaggebend waren auch die geopolitischen Rahmenbedingungen, in die sich Nordkorea im Laufe der letzten Jahre platziert sah. Der Kollaps der Sowjetunion hatte Pjöngjangs wichtigste Quelle dringend benötigter wirtschaftlicher und technologischer Hilfe verschwinden lassen. Unter Präsident Jelzin und erst recht unter seinem Nachfolger Putin wurde deutlich, dass Moskau fortan auf der koreanischen Halbinsel dem wirtschaftlich viel interessanteren Süden den Vorzug geben würde. Putins Besuch in Seoul zu Beginn des laufenden Jahres ließ dies auch die Weltöffentlichkeit wissen.

Während Russland in seinem postkommunistischen und postsowjetischen Zustand seine Einflussmöglichkeiten in Ostasien drastisch schrumpfen sehen musste und wie die EU in die Lösung der Koreafrage im Wesentlichen nichts anderes einzubringen vermag als die Markierung der eigenen Präsenz, kommt China eine erheblich prominentere Rolle zu. Es scheint, dass Peking auf den benachbarten Gefahrenherd Nordkorea durch die in den letzten Jahren angestiegenen Flüchtlingsbewegungen über die gemeinsame Grenze aufmerksam wurde. In den Nordkorea benachbarten chinesischen Städten waren immer mehr Menschen eingetroffen, die dem Hungerregime in Nordkorea zu entrinnen hofften. Endgültig auf den Plan geholt wurde Peking jedoch durch die nordkoreanischen Raketenstarts, in deren Verlauf eine Missile über japanisches Hoheitsgebiet gefeuert wurde. Nicht ohne Grund sah Peking, dass das Abenteuerium des Nordens in Tokio all jenen nützliche Munition lieferte, die eine Revision der geltenden Verfassung fordern und Japan endlich mit den bei jedem normalen Nationalstaat gängigen Verteidigungskapazitäten ausgestattet haben wollen. Auch ist der „rogue state“ (Terrorstaat) Nordkorea für diejenigen in Japan ein willkommenes Argument, die den Aufbau eines gemeinsamen japanisch-amerikanischen Raketenschirms, Theater Missile Defence (TMD), befürworten. Sowohl vor als auch nach dem Gipfel mit Kim Dae Jung besuchte der sonst nicht als reisefreudig bekannte nordkoreanische Diktator Kim Jong Il China, das ihm offensichtlich sowohl die Anweisungen als auch die Rückendeckung für den Umgang mit dem Süden gab.

Schließlich kam als drittes Element in diesem delikaten innerkoreanischen Schachspiel die Administration von Präsident Clinton hinzu. Präsident Clinton hatte bei seinem Besuch in Panmunjom die dortige Grenze als „den furchterregendsten Ort auf Erden“ bezeichnet. Nicht ohne Grund sahen die Nordkoreaner in der Endphase von Clintons Präsidentschaft eine Chance für einen diplomatischen Durchbruch. Der Besuch der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright in Pjöngjang schien eine Visite von Präsident Clinton vorzubereiten, kurz bevor dieser das Weiße Haus verließ. Auch in Washington spekulierten viele darauf, dass sich der im Mittleren Osten erfolglose Präsident zum Abschluss noch in Nordkorea eine „historische“ Fotogelegenheit beschaffen wollte. Es kam schließlich nicht dazu, und Clintons Nachfolger, George W. Bush, goss gleich zu Beginn seiner Amtszeit sehr kaltes Wasser auf die amerikanische Nordkoreapolitik. Die Skepsis der Amerikaner gegenüber den wahren Absichten des nordkoreanischen Regimes sowie ein Grossteil der Kritik, die in Südkorea selbst an Präsident Kim Dae Jungs Kurs geübt wird und ihm vorwirft, allzu einseitig Konzessionen an den Norden zu machen, ist voll gerechtfertigt. Problematisch am Kurswechsel der Bush Administration war jedoch, dass sie den südkoreanischen Präsidenten vor der Weltöffentlichkeit desavouierte, ohne selbst klare Vorstellungen davon zu haben oder zu unterbreiten, was als Alternative zu dem von Kim Dae Jung eingeschlagenen Kurs vorzuziehen wäre.

Die Fakten sind klar:

Erstens: Nordkorea ist ökonomisch zerstört, doch vermögen auch der totale wirtschaftliche Kollaps und das Hungerleiden von Millionen von Menschen das stalinistische Regime von Kim Jong Il nicht zu erschüttern.

Zweitens: Für den Diktator in Pjöngjang ist die Erpressung der internationalen Gemeinschaft mit dem nordkoreanischen Raketenprogramm und der Drohung einer Entwicklung eigenständiger, unkontrollierter Nuklearkapazitäten das einzige Mittel, sich international in Szene zu setzen. Es sind dies die „Trümpfe“, die er bei jedweder Verhandlung mit anderen Staaten, sei es Südkorea, sei es China, seien es die USA oder die Europäer wirksam ins Spiel bringen kann.

Drittens: Die Welt, insbesondere aber die Nachbarn Nordkoreas und die in Ostasien präsenten Mächte haben ein fundamentales Interesse daran, den explosiven Spannungsherd auf der koreanischen Halbinsel zu entschärfen. Gleichzeitig ist sicher, dass nicht alle, die für eine Beseitigung der innerkoreanischen Teilung sind, in Tat und Wahrheit auch ein vereinigtes Korea herbeiwünschen.

Viertens: Jegliche Bewegungen auf der koreanischen Halbinsel sind vinkuliert mit der amerikanischen Präsenz im Süden. Beim Gipfel Kim Dae Jungs mit Kim Jong Il in Pjöngjang soll von nordkoreanischer Seite die virulente Opposition gegen die amerikanischen Basen in Südkorea fallengelassen worden sein. Entscheidend ist, dass Peking gegenüber der amerikanischen Präsenz in Südkorea eine ambivalente Haltung hat. Auf der einen Seite wollen die Chinesen alle amerikanischen Basen aus dem „Hinterhof“ Ostasien entfernt haben, gleichzeitig sind sie sich bewusst, dass ein Abzug der Amerikaner praktisch mit der von ihnen gefürchteten Aufwertung der japanischen Verteidigungskapazität einhergehen muss. Vor diesem Hintergrund kann auch Peking mit den amerikanischen Basen in Südkorea leben.

Fünftens: Als Ziel steht im Raum, dass eines Tages alle Koreaner in Frieden, Wohlstand und Freiheit in einem geeinten Vaterland leben können. Auf absehbare Zeit dürfte jedoch aus sozialen, ökonomischen, politischen und geopolitischen Gründen eine Trennung, in welcher modifizierten Form auch immer, fortbestehen. Selbstverständlich bringt es die Natur des Regimes im Norden auch mit sich, dass stets alle Optionen, von einem Rückfall in einen völlig hermetischen Zustand bis zu einem Kollaps des Regimes, in Erwägung gezogen werden müssen.

Taiwan

Eine realistische Einschätzung des Krisen- und Kriegspotentials, welches Taiwan für die Welt im gesamten und Ostasien im besonderen bietet, muss die folgenden Rahmenbedingungen berücksichtigen:

Erstens: Für Peking ist und bleibt Taiwan ein unveräußerlicher Teil Chinas. Keine chinesische Führung, aus welchen politischen Kräften sie sich auch zusammensetzen mag, wird auf dieses Dogma verzichten können.

Zweitens: Für die Menschen auf Taiwan ist insbesondere seit der erfolgreichen Transition zur rechtsstaatlichen Demokratie im Verlaufe der späten achtziger und der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Unterordnung unter ein festlandchinesisches totalitäres Regime völlig inakzeptabel. Selbst die für die Rückkehr von Macao und Hongkong verwendete Formel „ein Land, zwei Systeme“ greift im Falle Taiwans nicht. Die Inselrepublik hat stets einen guten Teil ihrer Ressourcen in die Verteidigung investiert, was weder bei Macao noch bei Hongkong der Fall war.

Drittens: Der auf Taiwan bereits realisierte, in der Volksrepublik China nahe bevorstehende Generationenwechsel eröffnet neue Perspektiven für das Verhältnis über die Straße von Taiwan hinweg. Auf beiden Seiten verschwindet jene Generation von den politischen und militärischen Schalthebeln der Macht, die eine persönliche Erinnerung an den chinesischen Bürgerkrieg hat. Wie die spanische Transition in der Nachfolge von Franco zeigt, kann ein solcher Generationenwechsel die Türen für einen umfassenden Neubeginn öffnen.

Viertens: Die Kommunistische Partei hat in China jeglichen überzeugenden Anspruch, die Ideale des Sozialismus zu verfechten, verloren. Die chinesische Führung kämpft zudem mit einem wachsenden politischen Legitimitätsproblem. Auch in Diktaturen gibt es das objektive Bedürfnis nach Legitimität, wobei dieses mit ganz anderen Ansprüchen und Mitteln gedeckt werden muss als in demokratischen Rechtsstaaten. In der Regel gewinnen das Regime, der Diktator und die Nomenklatura ihre Legitimation aus großen historischen Verwerfungen. Mao war der Sieger des Bürgerkriegs und der Gründer eines neuen chinesischen Staats, Deng Xiaoping gewann seine Legitimation aus der Teilnahme am „langen Marsch“, insbesondere aber aus seiner Verfolgung während der „Kulturrevolution“ und aus seinem in Chinas jüngerer Geschichte präzedenzlosen Reformwerk. Bereits bei Jiang Zemin ist die Legitimationsdecke sehr dünn geworden, und noch magerer wird sie bei der ihm nachfolgenden Führung sein.

Fünftens: Vor diesem Hintergrund und mit Rücksicht auf die erfolgreiche Errichtung des demokratischen Rechtsstaats in Taiwan ist in den letzten Jahren die Distanz zwischen dem Festland und der aus Pekings Sicht „rebellischen“ Insel noch größer geworden. Für

viele jüngere Taiwaner ist das „Mutterland“ zum Symbol für erstarrte Traditionen, Rückständigkeit, Chaos und Armut geworden. Sie sind nicht mehr aus den ideologischen Gründen ihrer Vätergeneration gegen China, sondern schlicht aus Indifferenz und aus einem Lebensstil heraus, der sich seine Vorbilder aus Tokio und von der amerikanischen Westküste holt. Nicht unbegründet ist die übrigens von manchen alten Nationalisten mit den festländischen Kommunisten geteilte Furcht, dass sich die beiden Teile eines nicht mehr so fernen Tages so weit auseinandergelebt haben, dass die Vereinigung für immer ad acta gelegt werden muss.

Bei einer Evaluation der aktuellen sicherheitspolitischen Implikationen der Taiwanfrage gilt es zunächst die militärischen Optionen und möglichen Handlungsszenarien auf beiden Seiten der Strasse von Taiwan zu durchleuchten. Die meisten Militärexperten kommen zum Schluss, dass derzeit und womöglich bis ins nächste Jahrzehnt hinein China nicht über die militärischen Mittel verfügen wird, Taiwan erfolgreich zu besetzen. Der chinesische Staatshaushalt für das Jahr 2001 hat mit einer kräftigen Steigerung des Verteidigungsetats um zwischen 15 und 20 Prozent weit herum Aufsehen erregt. Diese Aufstockung ist allerdings zu einem erheblichen Teil ein Resultat der von Ministerpräsident Zhu Rongji seit einiger Zeit betriebenen Entflechtung von Streitkräften und Wirtschaft. Der im Gang befindliche Rückzug der Volksbefreiungsarmee aus dem „big business“ erfordert unter anderem die Kompensation von erheblichen Einkommensausfällen für die höheren Ränge. Ein Großteil der Mehrallokationen dürften unter diesem Titel Verwendung finden. Dagegen ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass die Entflechtung von Armee und Wirtschaft mit einer Professionalisierung der Streitkräfte einhergehen soll. Zwar ist es – wie einst bei der Sowjetunion – auch bei der Volksrepublik China angebracht, Quantität nicht mit Qualität gleichzusetzen, doch gibt es eine Reihe von Indizien für die beschleunigte Stärkung der operativen Fähigkeiten der chinesischen Streitkräfte. Gerade gegenüber Taiwan hat Peking in den letzten zehn Jahren seine Raketenkapazitäten drastisch erhöht, und die taiwanische Verteidigung befindet sich hier unter Druck, Terrain gutzumachen.

Die materielle und personelle Ausstattung der Verteidigungskräfte ist das eine, die Bereitschaft der Führung, sie zum Einsatz kommen zu lassen, das andere. Die derzeitige chinesische Führung ist alles andere als homogen. Den „Falken“, die von der Nummer zwei in der Hierarchie der KPC, Li Peng, angeführt werden, stehen die in wirtschaftlicher Hinsicht „liberal“ orientierten Modernisierer um Ministerpräsident Zhu Rongji gegenüber. Die Mehrheit der Führung ist den opportunistischen Pragmatikern unter der Führung von Präsident Jiang Zemin zuzurechnen. Es zeichnet diese Gruppe aus, dass sie an einem stabilen Umfeld für China interessiert ist. Jiang Zemin und seine Gefolgsleute lassen, wie auch andere Entwicklungen im Raum des südchinesischen Meeres zeigen, keine Gelegenheit aus, Chinas Macht und Einfluss zu stärken, wo dies zu einem sinnvollen Preis zu realisieren ist. Sie scheuen aber vor kostspieligen Abenteuern zurück. Die Welt muss zur Kenntnis nehmen, dass auch diese vorsichtige Linie vor Fehlern nicht gefeit ist. Als 1996 die Präsidentschaftswahlen auf Taiwan bevorstanden, organisierte Peking umfangreiche Manöver in unmittelbarer Nachbarschaft der Insel und bedrohte diese mit einer eindrucksvollen Demonstration seiner Feuerkraft. Die USA reagierten rasch und effizient, und China stellte schließlich seine Drohgesten ein. Die ganze Operation war für China insofern ein Fehlschlag, als sie die Taiwaner in ihrem Entschluss bestärkte, Lee Teng-hui, der für Peking ein rotes Tuch ist, zum Präsidenten zu wählen.

Die Stärkeverhältnisse, die zwischen den einzelnen Seilschaften und Richtungen innerhalb der Partei bestehen, wie auch das Verhältnis zwischen Partei und Militär sind keine statischen Gegebenheiten, sondern unterliegen einem dauernden Veränderungsprozess. Zwei klare Trends lassen sich erkennen:

Mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit und der ideologischen Kontinuität der Kommunistischen Partei geht eine Stärkung anderer Machtzentren im chinesischen Staat einher. Zum einen reflektiert sich dies im Aufstieg als Wirtschaftsmacht, zum andern und Wesentlichen in der rasch wachsenden Bedeutung von Armee und Sicherheitskräften. In einem Staat, in dem das Parteibuch die frühere Kohäsionskraft verloren hat, muss die einigende Klammer durch das Gewehr ersetzt werden. In diesem Sinne hat das maoistische Prinzip vom Primat der Partei gegenüber der Armee seine Geltung verloren. In der gegenwärtigen Zusammensetzung der Armeespitze gibt es keine Indizien für einen sich anbahnenden Bonapartismus oder für gefährliches Abenteuerertum. Dies will jedoch nicht heißen, dass, wo immer die nationale Würde Chinas auf dem Spiel steht, die Armeeführung eine eindeutig härtere Linie verfährt, als der pragmatischen Parteiführung gelegen kommen mag. Und die Taiwanfrage berührt zweifellos und in ganz ausgeprägter Weise die nationale Würde Chinas. Es ist die Taiwanfrage übrigens auch ein einigendes Band für alle chinesischen Nationalisten auf dem Festland, die mit der KPC nichts am Hut haben. Westliche Beobachter tun gut daran, sich die turbulente Geschichte der Beziehungen zwischen China und dem Westen während der letzten zwei Jahrhunderte in Erinnerung zu rufen. Ein unabhängiges Taiwan ist für die Psyche Chinas in ähnlichem Sinne ein schmachliches Mal der Einflussnahme externer Mächte, wie es die Opiumkriege im 19. Jahrhundert waren.

Der jüngste Trendwechsel hat mit der Position von Präsident Jiang Zemin und dem Kurswechsel der amerikanischen Chinapolitik unter der Bush-Administration zu tun. Es ist offensichtlich, dass Jiang Zemin seit mehreren Jahren konsequent das Ziel verfolgt hat, als jener chinesische Staatslenker in die Geschichte einzugehen, der das „Reich der Mitte“ zu einer international geachteten Großmacht werden ließ und ihm insbesondere in Washington den gebührenden Respekt gesichert hat. In dieses Vorhaben passte natürlich die von Präsident Clinton propagierte „strategische Partnerschaft“ zwischen den USA und China ausgezeichnet hinein. Die Gipfeltreffen mit Clinton, Jians Besuch in den USA und Clintons Gegenbesuch in China, wo der amerikanische Präsident auch mit einer öffentlichen Erklärung der „drei Nein“ an die Adresse Taiwans einen vielbeachteten Kottau vor Peking vollzog und zudem mit dem anschließenden Nichtbesuchen von Tokio den Japanern eine diplomatische Ohrfeige versetzte, waren ebenso wie die Bereinigung des chinesischen Beitritts zur Welthandelsorganisation WTO die Höhepunkte dieser neugefundenen „Partnerschaft“. Schon die amerikanische Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad und die anschließenden Ausschreitungen gegen die amerikanische Präsenz in China waren eine Trübung, doch der schlimmste Schock musste mit dem abrupten Kurswechsel der neu ins Amt gelangten Administration von Präsident George W. Bush kommen: Nun war aus Washingtons Sicht nicht mehr „strategische Partnerschaft“, sondern „strategischer Wettbewerb“ das Losungswort. Auch der Zwischenfall mit dem amerikanischen Spionageflugzeug dürfte intern die Position von Jiang Zemin geschwächt haben. Die längerfristigen Konsequenzen dieser Angelegenheit sind noch nicht absehbar. Sie werden insbesondere bei der Nachfolgeregelung für die chinesische Führungsspitze, die vom Jahr 2002 an ansteht, eine wichtige Rolle spielen.

Das südchinesische Meer und Indonesien

Die chinesische Geschichte lehrt, dass ein machtvolles, im Innern geordnetes „Reich der Mitte“ sein Verhältnis zur Umwelt nach zwei Prinzipien gestaltet. Zum einen werden alle Gelegenheiten, den eigenen Einfluss ohne unzumutbare Risiken und hohe Kosten zu mehren, konsequent und mit einer langfristigen Perspektive genutzt. Zum zweiten strebt China in der näheren und fernerer Nachbarschaft nicht die Unterwerfung von fremden Ländern nach dem Vorbild der europäischen Kolonialreiche an, sondern die Etablierung von Tributverhältnissen. Eine solche Politik ist derzeit im südchinesischen Meer klar erkennbar. Dieses für die internationalen Handelsströme immens wichtige Meer wird inzwischen auf chinesischen Karten als „mare nostrum“, als in den chinesischen Hoheitsbereich fallendes Meer ausgewiesen. In den verschiedenen Inselgruppen und Riffen der Spratleys und der Paracel-Inseln, die zwischen mehreren Anrainern des südchinesischen Meeres umstritten sind, schafft die chinesische Flotte fortlaufend *faits accomplis*.

Hinter dieser maritimen Expansion, die sich in einem markanten Gegensatz zu der selbstauferlegten Zurückhaltung befindet, die China während der Ming- und der Ch'ing-Dynastien auf der hohen See pflegte, stehen kommerzielle und geopolitische Ambitionen. Die Eilande und Riffe verfügen über bereits bekannte oder vermutete Ressourcen, von Erdöl und Erdgas bis zu Fischgründen, die Peking mit der Etablierung von ökonomischen Exklusivitätszonen (*exclusion zones*) für sich reklamiert. Es wird sich in der Zukunft weisen, wie groß der wirtschaftliche Vorteil am Ende wirklich sein wird. Von unmittelbar größerer Bedeutung sind jedoch die geopolitischen Implikationen dieses chinesischen Vorpreschens. Zum einen erwartet Peking daraus eine Signalwirkung an die Adresse Japans, dem in Erinnerung gerufen wird, wie verletzlich seine Handelswege Richtung Westen wirklich sind. Im Gegensatz zu Peking kann Tokio, dessen Verfassung seine militärischen operativen Möglichkeiten auf ein absolutes Minimum reduziert, in Südostasien keine Flagge zeigen. Zum zweiten soll das forsche Vorpreschen der Chinesen im südchinesischen Meer auch einer nachhaltigen Einschüchterung insbesondere der südostasiatischen Inselreiche dienen.

Keiner der Mitgliedstaaten der südostasiatischen Regionalorganisation ASEAN verfügt über maritime Potentiale, die es auf sich selbst gestellt mit den Chinesen aufnehmen könnten. Es gab in den letzten Jahren erste Versuche, innerhalb der ASEAN und mit ihren wichtigsten Nachbarn einen sicherheitspolitischen Dialog zu etablieren. Doch das ASEAN Regional Forum (ARF) befindet sich noch in den Kinderschuhen eines „talk shops“. Südostasien hat noch einen weiten Weg zurückzulegen, bis es auch nur in Ansätzen eine Regionalstruktur aufweist, die sich mit der Europäischen Einigung im Anfangsstadium vergleichen ließe. Die Schwächen der ASEAN-Mitglieder Philippinen und Indonesien sind besonders offenkundig. Manila verfügt über keine nennenswerten Flottenkapazitäten und ist im Falle einer ernsthaften Gefährdung völlig auf die Vereinigten Staaten angewiesen.

Ein besonders interessanter Fall ist Indonesien. Während des kalten Kriegs, als sich Mitte der sechziger der blutige Machttransfer von Sukarno an Suharto vollzog, rangierten die Sicherheitsinteressen dieses riesigen Inselreiches ganz hoch oben auf der Prioritätenliste des Westens. Man sah die Gefährdung durch eine expansive Sowjetmarine und die drohende Destabilisierung durch einen aggressiven Maoismus, der in China mit der „Kulturrevolution“ seinen dramatischen Höhepunkt erreicht hatte. Im Vergleich dazu muss die

heutige Haltung der westlichen Welt gegenüber den Zerfallserscheinungen in Indonesien als größte Fahrlässigkeit bewertet werden. Indonesien, dessen territoriale Hoheit ein Achtel des Erdumfangs umgreift, hat von seiner geopolitischen Bedeutung nichts eingebüßt, doch kümmert man sich in Europa prioritär um die Querelen auf dem Balkan und vernachlässigt in sträflicher Weise die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich in Indonesien präsentieren. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, dass die Krisenherde von Aceh im Westen bis zu den Molukken im Osten keine Zufälligkeiten sind, sondern unzweideutigen externen geopolitischen Aspirationen entspringen.

Die möglichen Erben, die bereitstehen, um die Potentiale der Hoheitsgewässer und Häfen von Aceh bis Osttimor für sich zu nutzen, geben dazu Anlass, neben der koreanischen Halbinsel und der Taiwanfrage auch das südchinesische Meer und die Inselwelt Indonesiens zu den aktuellen sicherheitspolitischen Gefährdungen zu zählen, die von Ostasien nicht nur für die Region, sondern für die Welt insgesamt in bedrohlicher Weise ausgehen.

Interne Informationen zur Sicherheitspolitik

bisher erschienen:

Nr. 1/2000

Brigitte Sob: Literaturverzeichnis zum Thema Österreich und die NATO

Nr. 2/2000

Yixiang Zhuang: Überblick über die sicherheitspolitische Lageentwicklung in Nordostasien

Nr. 3/2000

Erich Reiter: Leseproben zu den Themen: Russland und seine Probleme; Bosnien und Kosovo

Nr. 4/2000

Martin Malek: Neue sicherheitspolitisch relevante Dokumente Russlands

Nr. 5/2000

Brigitte Sob: Energiesicherheit in Südostasien

Nr. 6/2000

Erich Reiter: National Missile Defense

Nr. 7/2000

Georg Dox: Russland unter Präsident Putin

Nr. 8/2000

Erwin A. Schmidl: „Im Tschechenpanzer nach Lyon“

Der tschechoslowakische Kriegsplan von 1964 und seine Relevanz für Österreich

Nr. 9/2000

Erich Reiter: Zerfällt Indonesien?

Nr. 10/Mai 2001

Johanna Rainio: Sicherheit im Wandel: Sicherheitspolitischer Stand und die Zukunftserwartungen im Ostseeraum aus finnischer Sicht

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE
MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808

*Die Österreichische Militärische
Zeitschrift (ÖMZ)
ist eine wehrwissenschaftliche
Zeitschrift mit Berichten und
Analysen zu sicherheitspolitischen
Themenkreisen.*

*Ausgewählte ÖMZ-Grafiken zu
Sicherheitspolitik und Geopolitik
sowie historischen Themen*

**<http://www.bmlv.gv.at>
E-mail: oemz@bmlv.gv.at**

Bezugspreise (in öS und € inkl. 10% Ust):
Jahresabonnement öS 295,- (€ 21,21)
Auslandsabonnement öS 345,- (€ 24,80)
Einzelheft öS 55,- (€ 3,95)
Einzelheft für das Ausland öS 65,- (€ 4,67)
Jahres-CD-Rom - 1999 öS 300,- (€ 21,80)

Bestelladresse:

Mariahilferstraße 22-24/4/2/9
A-1070 Wien
Tel: 0043/1/5200/40901
Fax: 0043/1/5200/17108



